Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.20 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 3gespalt. 34 mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 455. Halle, Sonntag, den 28. September. 1919.

Sitzung des Reichsrates.

Erklärung des Vertreters Preußens zum Notetat.

WTB. Berlin, 27. September. (Drahtnachricht.) In der heutigen Sitzung des Reichsrats gab bei Beratung des der Nationalversammlung demnächst zugehenden Notetats der Vertreter Preußens folgende Erklärung ab: Die preußische Regierung — und ich bin ermächtigt, dies auch im Namen der anderen Regierungen zu erklären — hält es für eine der dringendsten Aufgaben des Reichsrates, die Bemühungen des Reichsfinanzministers Erzberger um denkbar strenalte Sparsamkeit zu unterstützen. Sie hat in ihrer Haltung in dieser Frage des Notetats, ebenso wie das auch die anderen Regierungen getan haben, sich von diesen Gesichtspunkten leiten lassen. Der Reichsrat wird daher in dem Notetat alle von den Ausschüssen beschlossenen neuen Reformen einstimmig annehmen.

Der Ministerwechsel im Auswärtigen Amt.

Berlin, 27. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, hat sich der Hauptausschuß der Nationalversammlung in seiner heutigen Vormittagsitzung in erster Linie mit der Frage des Ministerwechsels im Auswärtigen Amt befaßt. Sie wird wegen ihrer besonderen Wichtigkeit allen übrigen Einzelfragen vorangestellt. Es ist noch keineswegs sicher, daß Dr. David der Nachfolger des Ministers Müller wird. In parlamentarischen Kreisen neigt man jetzt mehr zur Auffassung hin, daß eine gewisse ressortmäßige Sachkenntnis für die Leitung des Auswärtigen Amtes unerläßlich ist und daß diese Rücksicht wichtiger sein müsse, als alle parteipolitischen Erwägungen. Ob man wieder zur alten Uebung zurückkehren wird, einen Berufsdiplomaten zu wählen, oder ob sich in parlamentarischen Kreisen ein geeignet scheinender Minister finden wird, steht noch dahin. Da die Frage des Auswärtigen Amtes noch offen ist, dürfte die Entscheidung über die Neubesetzung erst in einigen Tagen erfolgen.

WTB. Berlin, 27. September. (Drahtnachricht.) Der Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten (15. Ausschuß der Nationalversammlung) beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Neugestaltung des Etats des Auswärtigen Amtes. Die Vorschläge des Ministers des Auswärtigen fanden die allgemeine Zustimmung im Ausschuß. Der Reichshaushaltsausschuß wird sich in der nächsten Woche mit dem Etat des Auswärtigen Amtes beschäftigen.

Einschränkung des Sonntagsverkehrs auf den Eisenbahnen.

WTB. Berlin, 27. Sept. Wie WTB. erfährt, ist die Blättermeldung, daß Ende Oktober der Eisenbahnverkehr auf ein Minimum herabgesetzt werden soll, nicht zutreffend. Dagegen wird geplant, an Sonntagen nur noch etwa einige Arbeiterzüge, Milchzüge und je einen Schnellzug auf jeder Strecke verkehren zu lassen. Weitere Einschränkungen des Personenverkehrs hält das Eisenbahnministerium nicht für nötig.

Deutschlands Einladung zur Washingtoner Arbeiterrechtskonferenz?

WTB. Berlin, 27. Sept. (Drahtnachricht.) Nach Zeitungsmeldungen hat der französische Arbeitsminister bei einer Besprechung der sozialpolitischen Bestimmungen des Friedensvertrages in der Kammer erklärt, daß Deutschland zur Teilnahme an der Arbeiterkonferenz eingeladen worden sei, die demnächst zur Regelung des internationalen Arbeiterrechts in Washington zusammentreten soll. Demgegenüber ist festzustellen, daß der deutschen Regierung bis jetzt keine Einladung zur Teilnahme an der Konferenz in Washington zugegangen ist.

Deutsche Schiffe zur Heimbeförderung der Gefangenen in England.

WTB. Berlin, 27. September. (Drahtnachricht.) Wie der „Abend" meldet, hat die permanente alliierte Kommission für Schiffahrtsangelegenheiten genehmigt, daß 10 deutsche Schiffe nach England zur Heimbeförderung deutscher Kriegsgefangener fahren.

d'Annunzio an den König von Italien.

WTB. Rom, 27. Sept. Havas. Laut „Epoca" sandte d'Annunzio an den König von Italien eine Botschaft, in der er ihn über die Lage in Fiume unterrichtete und ihn beschwor, die Rechte seiner Krone auf die Stadt nicht aufzugeben.

Die Fiumefrage in Rom.

Rom, 27. Sept. Havas. Laut „Tribuna" wird die Kammer die Erklärung Tittonis über die Lage des Ministeriums inbezug auf die Angelegenheit von Fiume nicht diskutieren. Nach der Abstimmung wird die Kammer aufgelöst und die Diskussion über den Friedensvertrag bis zum Zusammentritt der neuen Kammer vertagt werden.

Rom, 27. Sept. Havas. Der römische Korrespondent des „Secolo" bestätigt, daß der Konrat die Angelegenheit von Fiume erörtert hat. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht: Ein Mitglied beantragte kurzweg die Annexion, da Italien auf die Zustimmung Frankreichs und Englands rechnen könne. Andere wollten der Annexion einen neuen Schritt bei den Alliierten vorangehen lassen. Noch andere erachteten eine Manifestation des italienischen Parlaments als genügend. „Secolo" bestätigt, daß die Präsidenten der beiden Kammern zugunsten der Annexion sprachen.

Italienische Sympathien für d'Annunzio.

Basel, 27. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Times" meldet aus Rom, daß das Gesamtministerium hinsichtlich der allgemeinen Volksabstimmung für Fiume bei den Alliierten die Abänderung des Beschlusses beantragen wird, der die Räumung Fiumes durch d'Annunzio gefordert hat. Die „Daily Mail" meldet aus Rom, der Magistrat Rom habe eine Sympathiekundgebung an d'Annunzio beschlossen. Die Garnisonen Verona und Padua haben an den Armeeoberkommandierenden eine Kundgebung gerichtet, in der gegen die Maßnahmen in Fiume Einspruch erhoben wird.

d'Annunzio appelliert an das französische Volk.

WTB. Versailles, 27. September. (Drahtnachricht.) D'Annunzio hat die Berichterstatter des Excelsior und des Journal in Fiume empfangen und durch sie einen Appell an das französische Volk gerichtet, in dem er sein Vorgehen zu rechtfertigen sucht. Einige Pariser Morgenblätter kündigen Absagen an, daß Italien jedenfalls im Laufe des heutigen Tages die Annexion Fiumes verkünden wird.

Fiume — ein Magnet für die Italienischen Flieger.

Zürich, 27. September. (Eigene Drahtnachricht.) Ein weiteres Flugzeuggeschwader ist zu d'Annunzio gestoßen. Die Militärflugzeuge flogen heimlich auf dem Flugplatz auf und nahmen den direkten Kurs nach Fiume. Der Flug wurde von Offizieren vorbereitet. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet.

Beginn des Eisenbahnerstreiks in England

Amsterdam, 27. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Nach einer Reutermeldung aus London vom 26 d. Js. hat Thomas beim Verlassen des Hauses des Premierministers erklärt, daß der Eisenbahnerstreik am Freitag Mitternacht beginnen wird. Eine amtliche Erklärung, die in Downing Street herausgegeben wurde, sagt, daß auf der Konferenz eine Einigung nicht erzielt werden ist, und daß der Streik heute abend beginnen werde.

WTB. Amsterdam, 27. September. Das Reutersche Büro meldet aus London, daß die Angestellten der Londoner Tube- und Untergrundbahn Mitglieder des Nationalverbandes der Eisenbahner sind. Die Blätter sind daher der Ansicht, daß es so gut wie sicher ist, daß diese Arbeiter mit den Arbeitern auf den großen Hauptlinien zusammengehen werden. Desgleichen wird es für sehr wahrscheinlich gehalten, daß auch der Motoromnibusverkehr in Mitleidenschaft gezogen werden wird. Nach dem Abbruch der Verhandlungen hielten heute die Vertreter der Arbeiter Sitzungen ab. Es ist leicht möglich, daß heute abend weitere Beratungen der Regierung stattfinden.

Renaudels Kritik am Friedensvertrag.

WTB. Paris, 27. September. Havas. In der Kammer kritisierte der Sozialist Renaudel den Friedensvertrag. Er äußerte sich dahin, daß dem Kriege mit den Waffen nicht ein Wirtschaftskrieg folgen dürfe. Es sei unmöglich, daß der Völkerbund auf wirtschaftlichem Gebiet etwas erreichen könne, wenn 300 Millionen Deutsche, Oesterreicher und Russen ihm nicht angehörten. Der Regierung wirft der Redner vor, daß sie keine bestimmte Wirtschaftspolitik habe. Hauptsächlich aber wirft er den Friedensunterhändlern vor, sie hätten den Deutschen die Kolonien wegenommen und so einer wirtschaftlichen Ausdehnungsmöglichkeit beraubt. Deshalb würde Deutschland zur Kolonisation Rußlands getrieben. Der Krieg habe Frankreich von Deutschland und Rußland getrennt. Es seien wirtschaftliche Beziehungen notwendig, um Frankreich diesen Ländern wieder näherzubringen. Die deutschen Sozialisten sollten die für den Krieg Verantwortlichen selbst bestrafen und mit den anderen Sozialisten zum Triumph der Arbeit mitwirken.

Trotzkis Siegeszuversicht.

WTB. Amsterdam, 27. Sept. Den englischen Blättern vom 25. d. Mts. zufolge hat nach einer Radio-Meldung aus Moskau Trotzki auf dem Kongreß weiblicher Arbeiter in Moskau erklärt, er könne nach allen ihm zur Verfügung stehenden Informationen mitteilen, daß der russische Sowjet alle Aussicht auf einen vollständigen und absoluten Sieg habe. Weder Lloyd George, noch Clemenceau, noch Wilson würden wagen, dem Willen des westeuropäischen Proletariats entgegenzuhandeln. Sie seien nicht in der Lage, eine große Armee abzuschicken, sondern seien gezwungen, sich auf kleine freiwillige Streitkräfte zu beschränken. Wir sind sagte Trotzki, nicht länger von europäischen Interventionen bedroht.

Erfolge der Bolschewisten in Sibirien.

WTB. Amsterdam, 27. Sept. Der Korrespondent der „Times" im Hauptquartier der russischen Ostfront meldet, daß die Bolschewisten die dem General Dietrich gegenüberstehenden Streitkräfte neu gruppieren.

Eine bolschewistische drahtlose Meldung aus Moskau vom 24. besagt, daß ganz Sibirien von Irkutsk bis Wladiwostok schensk in den Händen der Bolschewisten ist. Tomsk wurde von roten Banden eingenommen.

Die Besteuerung des Grunderwerbs.

Von

Rechtsanwalt Dr. Gaze-Halle.

Mit dem 1. Oktober tritt das Gesetz vom 12. 9. 19 in Kraft, das die neue Grunderwerbssteuer eingeführt und dazu bestimmt ist, vor allem dem Reich größere Einnahmen aus dem Grundstückswechsel zu verschaffen. Das geschieht durch die Einführung einer erhöhten Abgabe und durch Ausdehnung der Zahl der steuerpflichtigen Geschäfte. Die bisherige Art der Abgabe — 1 Proz. Stempel an den Staat, ½ an das Reich, Umsatzsteuer an die Gemeinde (hier 1 Proz.) — wird vereinheitlicht; künftig wird nur eine Abgabe erhoben in Form der Steuer, die generell 4 v. H. beträgt — wovon das Reich die Hälfte bekommt, statt bisher ½ Proz. — aber die Erhebung von Zuschüssen mit weiteren 2 v. H. für den Staat und die Gemeinde zusammen vorsieht; es wird also abzuwarten sein, ob der Einzelstaat den nicht vom Reich beanspruchten Teil der Steuer zwischen sich und den Gemeinden so verteilt, daß das Bedürfnis beider nicht Zuschüsse fordert.

Mit dieser Erhöhung geht die schärfste Erfassung des Objektes Hand in Hand. Bisher legte die Behörde oder der Notar bei der Versiempelung denjenigen Wert zugrunde, den die Parteien angaben; oft wurde das Objekt niedriger oder der Inventarwert übertrieben angegeben, um an Stempel für das Grundstück selbst zu sparen. Künftig wird das Objekt berechnet nach dem gemeinen Wert, nach der Wertangabe nur, wenn sie höher ist als jener.

Weiter zieht das Gesetz größere Kreise. Bisher konnte beim Stempel gespart werden, wenn der Erwerber das Grundstück nicht selbst behalten, sondern an Dritte geteilt oder ungeteilt weiter zu geben wünschten, indem dieser Zwischenerwerber sich nur das Grundstück stellen und im Grundbuch sich [illegible] eintragen ließ. Das neue Gesetz steht zwar als steuerbegründendes Moment die Eintragung im Grundbuch an, es greift aber, wie bisher, auf das Veräußerungsgeschäft zurück und macht darüber hinaus jedes hierauf abzielende Geschäft steuerpflichtig, wenn nicht innerhalb eines Jahres der Uebergang des Eigentums sich vollzieht. Als Veräußerungsgeschäft werden, um Zweifel auszuschließen, besonders aufgeführt:

1. die Uebertragung der Rechte der Erwerber aus Veräußerungsgeschäften;
2. die Uebertragung von Rechten aus Anträgen zur Schließung eines Veräußerungsgeschäftes, die den Veräußerer binden, sowie aus Verträgen, durch die nur der Veräußerer zur Schließung eines Veräußerungsgeschäfts verpflichtet wird;
3. nachträgliche Erklärungen des aus einem Veräußerungsgeschäfte berechtigten Erwerbers, die Rechte für einen Dritten erworben oder die Pflichten für einen Dritten übernommen haben;
4. die Abtretung der Rechte aus dem Meistgebot und die Erklärung des Meistbietenden, daß er für einen anderen geboten habe;
5. Rechtsgeschäfte, durch die jemand ermächtigt wird, ein Grundstück ganz oder teilweise auf eigene Rechnung zu veräußern.

Steuerpflichtig sind weiter Rechtsvorgänge, die jemandem ermöglichen, über das Grundstück wie ein Eigentümer zu verfügen, ohne das Eigentum zu übertragen, und ebenso Geschäfte, die einen steuerpflichtigen Rechtsvorgang verdecken.

Selbstverständlich gibt es eine Reihe von Steuerbefreiungen und Ermäßigungen, von denen jene für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Kriegsteilnehmern, die bei Abfindung ihrer militärischen Bezüge auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes Grundstücke erwerben, hervorzuheben ist. Weiter wird in Anlehnung an das bisherige Recht zwar keine Befreiung, aber eine Ermäßigung auf die Hälfte gewährt, wenn der Erwerber und sein Gatte ein Einkommen bis nur 5000 Mark und kein Vermögen über 10 000 Mark haben, den Grundstückshandel nicht gewerbsmäßig betreiben und der steuerpflichtige Betrag bei bebauten Grundstücken 20 000, bei unbebauten 5000 Mark nicht übersteigt.

Das Verfahren für die Steuerleistung ist jetzt folgendes: Grundbuchämter, beurkundende Behörden oder Notare, andernfalls die am Geschäft Beteiligten, haben der Steuerstelle von dem steuerpflichtigen Vorgang Mitteilung zu machen. Diese ermittelt den gemeinen Wert des Objekts, bezw. des Veräußerungspreises, wobei der etwa zum Zweck der Steuerersparung in Form einer Vermittlungsgebühr oder eines den üblichen Satz übersteigenden Zinses oder sonstiger Nebenleistungen gelleidete Teil des Entgelts geschätzt und einbezogen wird, setzt die Steuer fest und erteilt den Steuerbescheid, auf Grund dessen binnen 2 Wochen die Steuer zu entrichten ist. Die grundbuchliche Eintragung erfolgt erst auf Grund der bescheinigten Stundung oder Sicherstellung der Steuer, deren Hinterziehung übrigens bis zum zwanzigfachen Betrage des hinterzogenen Teils bestraft wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190928017/fragment/page=0001

Pressestimmen über Clemenceau.

WTB Versailles, 27. September. Ueber die gestrige Rede Clemenceaus sagt Alfred Capus im „Figaro". Clemenceau sei Frankreichs Mann während der tragischen Tage gewesen. Das sei sein unvergänglicher Ruhm, und die Gegner Frankreichs würden sich an ihm wie an Marmor die Zähne ausbeißen. „Humanité" vertritt die Ansicht, daß der Geist des Vertrages, den Clemenceau erläutert habe, ein derartiger bleibe, daß man vom sozialistischen Standpunkte dem Vertrag den äußersten Widerstand entgegensetzen müsse. Clemenceaus Erklärungen hätten bewiesen, daß die Ratifizierung endgültig von den Sozialisten verweigert werden müsse. „Eclair" schreibt: Er ist das Opfer seines Ehrgeizes, der von politischen kurzsichtigen Strebern ausgenutzt wird. Leider muß Frankreich diese begangenen, fast nicht mehr gutzumachenden Fehler bezahlen. „Libre Parole" gibt zu, daß Clemenceaus mit Ungeduld erwartete Rede eine große Enttäuschung gewesen sei. „Chaumet im „Avenir" stellt unter dem Eindruck, daß Clemenceau sich zu viel zugemutet habe, da, er nicht mehr die Herrschaft über sich selbst, wie früher, besitze, und daß er nicht mehr die schwierige Lage beherrsche, in der sich nicht nur Frankreich, sondern die ganze Welt befinde. Auch „Heure" spricht von einer großen traurigen Enttäuschung, die die Kammer gestern erlebt habe. „Temps" nennt Clemenceaus Rede eine Anspreche, wie sie gewisse Römer nach einem Siege gehalten hätten, um den Soldaten Roms Aufmunterung zuteil werden zu lassen. Nach Clemenceaus Rede müsse man nun zu Taten schreiten. Das Blatt erwartet, die Kammer würde sich in der einen oder der anderen Weise entschließen, umsomehr als die Wähler zur Wachsamkeit schreiten müßten. „Journal des Débats" ist der Ansicht, daß nach Clemenceaus Rede die Kammer zu keinem anderen Entschlusse kommen könne, als den Friedensvertrag bald zu ratifizieren, selbst wenn man, wie Louis Marin es vorschlage, gewisse Vorbehalte mache.

Clemenceau soll sich über die Entwaffnung Deutschlands äußern.

WTB. Versailles, 27. Sept. Der Friedensausschuß der französischen Kammer beriet gestern nachmittag über die Tagesordnung des Abgeordneten Andrè Lefèvre über die Entwaffnung Deutschlands. Es wurde beschlossen, eine Aeußerung der Regierung zu provozieren. Clemenceau soll deshalb heute vor dem Ausschuß erscheinen, um den offiziellen Standpunkt der Regierung klarzulegen. Andrè Lefèvre selbst jedoch erklärte, daß er Dienstag seine Tagesordnung in der Kammer einbringen werde.

Das neue chilenische Ministerium.

WTB. Amsterdam, 27. Sept. Nach einer in englischen Blättern vom 25. d. Mts. veröffentlichten Reuter-Meldung aus Santiago de Chile vom 23. wurde ein neues chilenisches Ministerium gebildet, das wie folgt zusammengesetzt ist: Bermudez, Inneres; Barros Borgane, Aeußeres; Phillippe, Finanzen; Prodoamor, Justiz; Rodriguez, Krieg; Concha, Industrie und öffentliche Arbeiten.

Streik der Bethlehem-Stahlarbeiter.

WTB. Amsterdam, 27. Sept. Nach einer Reuter-Meldung aus Pittsburg wird die Weigerung des Präsidenten der Bethlehem-Stahlwerke, mit dem Stahlarbeiterausschuß zu verhandeln, diesem Ausschuß zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Der Streik wird am Montag erklärt werden.

Japanisch-chinesische Schantung-Konferenz.

WTB. Amsterdam, 27. Sept. Pressebüro Radio zufolge wird der „New York Times" aus Tokio gemeldet, Japan beabsichtige, China offiziell zu einer Konferenz über die Rückgabe Schantungs einzuladen.

Aus Estland.

WTB. Mitau, 27. Sept. Der Austritt der Volksparteiler, des Ministers des Auswärtigen Poska und des Justizministers Jakson, aus der estnischen Regierung beruht nach der Parteizeitung auf Umstimmigkeiten wegen des Landwirtschaftsgesetzes, noch weit verbreiteter Meinung jedoch auf Meinungsverschiedenheiten über den Frieden mit Sowjetrußland.

WTB. Mitau, 27. Sept. Die estnische verfassunggebende Versammlung hat das Landwirtschaftsgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Absendung einer deutsch-alliierten Kommission nach dem Baltikum.

WTB. Berlin, 27. Sept. Demnächst wird sich eine gemischte deutsch-alliierte Kommission nach dem Baltikum begeben, um an Ort und Stelle die mit der Räumung zusammenhängenden Fragen zu klären und die nötige Entscheidung zu treffen. Damit von vornherein die Maßnahmen, die die Kommission trifft, unterstützt werden, hat die deutsche Regierung angeordnet, daß den Truppenteilen, die den Abmarsch verweigern, die Löhnung gesperrt wird. Auch sollen die Angehörigen dieser Truppenteile aller Versicherungsansprüche verlustig gehen.

Veröffentlichung der Kriegsdokumente.

WTB. Berlin, 27. Sept. Im Haushaltsausschuß der Nationalversammlung erklärte der Reichskanzler, daß die Pressabteilung der Reichskanzlei mit der des Auswärtigen Amtes vereinigt werde, der Direktor aber des Ganzen dem Reichskanzler unterstellt werden solle, um die Einheitlichkeit zu wahren und dem für die Gesamtpolitik verantwortlichen Reichskanzler den nötigen Einfluß zu sichern. Die Vereinigung der beiden Pressereferate liegt im Interesse einer einheitlichen Politik. Vor der Neuorganisation seien Vertreter der Presse gehört worden.

Der Minister des Aeußern führte aus: Die auf den Krieg sich beziehenden Dokumente sollen alle herangezogen und ohne jede Tendenz veröffentlicht werden. Mit der Veröffentlichung werde wohl Mitte Oktober begonnen werden können.

Ein erlogener Bericht Dortens.

WTB. Berlin, 27. Sept. „Petit Parisien" bringt in seiner Nummer vom 22. 9. einen Bericht über den Kölner Lostrennungskongreß, den er von Dr. Dorten selbst zu haben versichert. Auf diesem Kongreß habe Minister Stegerwald erklärt, daß Deutschland heute über eine Armee von 800 000 Mann verfüge und sie in zwei Monaten auf 2 Millionen gebracht haben würde. Die Einheit Deutschlands sei durchaus stärker geworden. Deutschland brauche seinen Vertrag nicht auszuführen, der nur durch Hunger erzwungen sei. Wörtlich habe er geäußert, man könne uns viele Milliarden abverlangen, wir würden aber nicht einen Pfennig bezahlen, denn der Vertrag sei nur ein Fetzen Papier.

Wir werden von zuständiger Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß die Meldung des „Petit Parisien" von Anfang bis zu Ende erfunden ist. Es wird jedem ruhig denkenden Menschen einleuchten, daß ein deutscher Staatsmann derartig törichte Aeußerungen niemals getan haben kann.

Eine edle Absicht.

WTB. Berlin, 27. September. Wie der „Vorwärts" von zuverlässiger Seite erfährt, beabsichtigt Ludendorff den gesamten Erlös aus seinem in der ganzen Welt erscheinenden Buche über den Weltkrieg unter dem Namen Ludendorff-Spende" den im Kriege verstümmelten deutschen Soldaten zuzuführen. In erster Linie beabsichtigt er, das beschlagnahmte ausländische Geld zum Ankauf von billigen Lebensmitteln zu verwenden.

Unruhen in Rombach (Lothr.).

WTB. Metz, 27. September. Havas. Infolge von Unruhen in einer Fabrik in Rombach mußte eine Abteilung Dragoner dorthin gesandt werden.

Kohlennot in der Pfalz.

WTB. Ludwigshafen, 27. Sept. Infolge Stockung der Kohlenzufuhr ist seit mehreren Tagen in einem erheblichen Teile der Pfalz die elektrische Stromversorgung zeitweise unterbunden. In manchen Städten mußten die auf Elektrizität angewiesenen Betriebe schließen. Auch mehrere Kleinbahnen konnten den Betrieb nicht aufrechterhalten. In Ludwigshafen sind ähnliche Einschränkungen notwendig geworden.

Lohnbewegung in der feinkeramischen Industrie.

WTB. Berlin, 27. Sept. Von den Angestelltengewerkschaften wird uns geschrieben: Am 24. September 1919 begannen in Weimar Reichstarifvertragsverhandlungen für die kaufmännischen und technischen Angestellten der feinkeramischen Industrie. Nach dreitägigen Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber ihre Ablehnung der Gegenvorschläge der Angestelltenorganisationen (auch des Provisoriums). Weitere Verhandlungen sind zwecklos. Die Angestelltenorganisationen mußten dem Vorschlage der Arbeitgeber, die Friedensgehälter vom 1. Juli 1914 als Grundlage für eine Gehaltsregelung und einen Tarifvertrag einzuführen, ihre Zustimmung versagen. Sie versuchen, das Reichsarbeitsministerium zur Vermittelung anzurufen, um den drohenden Ausbruch eines Streiks zu vermeiden, der mit Rücksicht auf seine Ausdehnung eine schwere Schädigung für das deutsche Wirtschaftsleben bedeuten muß.

Nordschleswiger Vertrauensleute gesucht.

WTB. Hamburg, 27. Sept. Der deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig in Hamburg verbreitet folgenden Aufruf:

„Nordschleswiger! Im deutschen Vaterlande befinden sich noch viele Tausende Stimmberechtigte für Nordschleswig. Helft uns, diese zu erfassen! Wir brauchen an jedem deutschen Orte einen Vertrauensmann, der diese kleine vaterländische Arbeit auf sich nimmt. Wer für seinen Wohnort und dessen Umgebung bereit ist, die Arbeit zu leisten, der wende sich an den Deutschen Ausschuß für das Herzogtum Schleswig in Hamburg, Mönckebergstraße 17, Haus Hanse."

Deutsch-polnische Verhandlungen.

WTB. Berlin, 26. Sept. Die Wiederanknüpfung der deutsch-polnischen Verhandlungen erfolgte am Freitag. Nachdem Unterstaatssekretär von Wroblinski bereits am Vormittag die Reichsminister besucht hatte, fand am Nachmittag im Auswärtigen Amt eine Vorbesprechung im kleinen Kreise statt, an der von polnischer Seite außer Wroblinski die Abgeordneten Dr. Diamant und Korfanty teilnahmen. Nach den Vereinbarungen, die in dieser Vorbesprechung über den Gang der Verhandlungen getroffen wurden, ist zunächst beabsichtigt, die Frage der Amnestie, sowie den Austausch der Internierten und Kriegsgefangenen zum Abschluß zu bringen. Die polnischen Delegierten haben insbesondere zugesagt, daß die Heimkehr der aus Oberschlesien verschleppten Deutschen sofort durch Vermittelung der fremden Militärmissionen ins Werk gesetzt werden soll. Sie stellten fest, daß sämtliche noch in Polen zurückgehaltenen Deutschen sich körperlich in gutem Zustande befinden, so daß irgendwelche Besorgnisse über ihr Schicksal unbegründet sind. An die Verhandlungen über die Amnestie soll sich eine Erörterung aller übrigen noch schwebenden Fragen schließen. Es besteht die Absicht, in möglichst kurzer Zeit ein Uebereinkommen in den Hauptpunkt herbeizuführen und die Einzelheiten späteren Beratungen vorzubehalten.

Ueber den Gang der Verhandlungen wird die Oeffentlichkeit fortlaufend unterrichtet werden.

Frauenhilfe für politische Gefangene.

WTB. München, 27. September. Die Polizei hat das in einem Schulhause befindliche Büro der Frauenhilfe für politische Gefangene aufgehoben und dabei eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Es wurden zahlreiches kommunistisches Propagandamaterial und Schriften vorgefunden und festgestellt, daß dort Begünstigung für entwichene Strafgefangene oder solche, die eine Strafe antreten sollten, ausgeübt wurde. Der Abteilungskommandant der roten Armee während der Münchener Räteherrschaft, der Student Wollenberg, ist aus der Festungshaft in Ansbach entwichen. Es war bereits früher aus Ingolstadt und bei einem Transport entsprungen.

Kunst und Wissenschaft.

Heinrich Bruns †. In Leipzig ist der Direktor der Leipziger Sternwarte und Ordinarius der Astronomie an der Universität Leipzig, Geh. Hofrat Professor Dr. phil. Heinrich Bruns, im 72. Lebensjahre einem längeren Leiden erlegen. Seit dem Wintersemester 1881 in Leipzig tätig, hat er fast vier Jahrzehnte an unserer Alma mater gewirkt und auf deren Leitung und Verwaltung einen wesentlichen Einfluß ausgeübt. Im Universitätsjahr 1912/13 bekleidete er das Amt des Rektors.

Ein zeitgemäßes Thema. Eine Vorlesung „Das Kleinsiedlungswesen in Gegenwart und Zukunft (mit Lichtbildern)" hat für das bevorstehende Wintersemester an der Handelshochschule Berlin der bekannte Architekt Geheimrat Dr.-Ing. Rudolf Eins angekündigt. Die einzelnen Vorlesungen werden behandeln: Die Siedlungstätigkeit vor dem Kriege. Umwandlung der Anschauungen während des Krieges. Kriegerheimstätten. Landwirtschaftliche Siedlungen. Siedlungen für gewerbliche Arbeiter, Siedlungen für den Mittelstand. Bebauungsplan. Wohnstraßen, Garten- und Ackerland. Haustypen. Reihenhaus und Doppelhaus, Wohnküche, Heizung, Entwässerung, Verwertung der Abfallstoffe. Bauerleichterungen. Sparsame Bauweise. Neue Baustoffe. Staatliche Unterstützung und Förderung. Uebertragung zu Eigenheim. Zukünftige Entwicklungsmöglichkeit des kleinen und mittleren Hauses.

Das erste Ordinariat für Zahnheilkunde. Wie die „Hochschulkorr." erfährt, steht die Ernennung des a. o. Professors und Direktors der Klinik für Mund- und Zahnkrankheiten an der Universität Rostock, Dr. med. Johannes Reinmöller, zum ordentlichen Professor daselbst bevor. Damit wird das Fach der Zahnheilkunde zum ersten Male zum Ordinariat erhoben. Prof. Reinmöller ist 1877 zu Bebra, Reg.-Bez. Kassel, geboren. Er studierte in Marburg, Gießen und Rostock Medizin, bestand an letzterer Universität das Staats- und Doktorexamen, widmete sich darauf dem Studium der Zahnheilkunde in München, wurde Assistent bei Prof. Partsch in Breslau, bestand das zahnärztliche Staatsexamen und ließ sich 1906 in Rostock als Spezialarzt für venia legendi in der Rostocker medizinischen Fakultät und 1910 die Ernennung zum Extraordinarius daselbst. Reinmöllers Haupt-, Mund- und Zahnkrankheiten nieder. 1909 erhielt Reinmöller die Gebühr ist die zahnärztliche Chirurgie und Mundkrankheiten, ebenso betreffen seine Arbeiten das Gebiet der klinischen Zahnheilkunde, zahnärztliche Chirurgie und Mundkrankheiten.

Provinzial-Nachrichten.

:—: Aus dem Elsterlake, 27. Sept. (Das Roden der Kartoffeln) hat in kleinen Wirtschaften und auf den Nebenländereien der Arbeitsleute im allgemeinen begonnen. Der Ertrag der Kartoffelernte ist sehr verschieden; allgemein bleibt er hinter den Erwartungen zurück und auch hinter dem der vorjährigen Ernte. Es hat hier an dem nötigen Regen gefehlt. Die Kartoffeln sind daher in der Entwicklung zurückgeblieben, wenn auch zahlreiche kleine an den Stöcken vorhanden sind.

— Radewell, 27. Sept. (Goldene Hochzeit.) Heute feierte hier der frühere Rittergutspächter und jetzige Privatmann Herr Otto Nette mit seiner Gemahlin in körperlicher und geistiger Frische das Fest der goldenen Hochzeit.

Lochau, 27. Sept. (Aecherpachtungen.) Zu dem am Sonntag anberaumten Verpachtung des hiesigen 28 Morgen umfassenden Gemeindeackers, sowie zu der sich am Dienstag anschließenden des über 112 Morgen ausmachenden Pfarrackers hatten sich zahlreiche Pachtliebhaber aus der Gemeinde eingefunden, so daß sich bald ein lebhaftes Geschäft entwickelte. Durchweg war das Land begehrt und es war deshalb kein Wunder, daß die Pachtabgebote die früheren bisweilen überstiegen. Bei ersterer wurde der frühere Durchschnittspreis von 26 Mk. pro Morgen um durchweg das Doppelte und mehr überboten; bei letzterer, bei welcher der frühere Pachtpreis 23—34 Mk. betrug, erreichten die Ersteherpreise durchweg die dreifache Höhe: 84—105 Mk. pro Morgen.

*** Könnern**, 27. Sept. (Verschiedenes.) Wegen Aufhetzung zum Streik im Anhalter Kohlenrevier wurde der hiesige Arbeiterrat Peter verhaftet. — Im Hause der Frau Witwe Schaf wurde in vergangener Nacht ein Einbruch verübt und einer Mitbewohnerin 300 Mark gestohlen.

w. Aschersleben, 26. Sept. (Was verschwiegen wird.) In der gestrigen Magistratssitzung wurde u. a. die Gründung einer Einwohnerwehr beschlossen; die jetzt bestehende Sicherheitswehr wird in dieser aufgehen. Zur Abhärtung der Jugend wurde die Errichtung eines Luft- und Lichtbades im alten Friedhof beschlossen. Eine bessere Ernährung der Schuljugend soll durch Schulspeisung in größerem Umfange als bisher gewährleistet werden. Von einem ungenannten Spender ist ein namhafter Betrag gestiftet, aus welchem die Kosten für künstlerische Darstellung von Bildnissen verdienter Mitbürger bestritten werden sollen. Wie notwendig eine Nachprüfung der Viehzählung war, beweist die jetzt vorliegenden Ergebnisse. Von den 2318 Viehhaltungen wurden 300 kontrolliert. Es waren vorhanden: 33 Rinder, 112 Schweine, 35 Ziegen, 12 Schafe und 45 Gänse. Welches Ergebnis wäre es, wenn Haus für Haus nachgeprüft wurde.

□ Mühlhausen, 25. September. (Vermächtnis an die Stadt. — Schlechter Dank.) Ein verstorbener Bürger Mühlhausens namens Rosenstengel hat sein ganzes Vermögen von 500 000 Mark seiner Vaterstadt vermacht und die Familie Helmbold, bei der der alte reiche Mann 40 Jahre lang für monatlich 37,50 Mark volle Pension genossen hatte, mit immerhin 1000 Mk. bedacht. Dafür berechtigte Entrüstung und Aerger bei den sie fassungslos Behandelnden, denen der Verstorbene wiederholt das ganze Erbe in Aussicht gestellt hatte. Um wenigstens einigermaßen für die angesichts des Erblassers gemachten Aufwendungen und Mühelosigkeiten entschädigt zu werden, hat sich die Familie mit dem Stadtrat Mühlhausens in Verbindung gesetzt. Der Stadtrat hat denn auch in seiner letzten Sitzung die berechtigte Forderung der so schmählich Enttäuschten anerkannt und ihnen 11 400 Mark sowie das Mobiliar des Verstorbenen im Betrage von 400 Mark zugesprochen.

Vermischtes.

Der Tod der Wolkenkratzer. In Amerika spricht man seit einiger Zeit begeistert von einem Schnellverfahren zur Zerstörung hoher Gebäude, als da sind Türme, Schornsteine oder Wolkenkratzer. Besonders von St. Francisko, wo man seit dem großen Erdbeben vor einigen Jahren eine gewisse Scheu vor den Wolkenkratzern hat, hat man das neue Verfahren angewendet, das darin besteht, daß man im Untergeschoß des Baumerks einen Teil der Träger entfernt, die dann durch hartes Holz ersetzt und dann dieses Gebälk angezündet, sodaß das Bauwerk schließlich in sich zusammenfällt. Dieses Verfahren, auf das die Amerikaner sehr stolz sind, ist nun aber durchaus nicht etwa eine amerikanische Erfindung. Eine italienische Zeitschrift berichtet, daß die italienischen Architekten der Renaissance und des Mittelalters schon davon Gebrauch gemacht haben. 1448 legte Forli das Palais Orsi auf diese Weise in Asche, 1380 wurde so der Coronachiaturm in Bologna zerstört, 1347 ein Turm in Orvieto und sogar schon 1248 der Guardamortenturm in Florenz. Ja, nach den Forschungen von Giacomo Boni wurde schon im Jahre 1119 der auf dem Palatin errichtete Turris iniquitatis, in dem der Papst Gelasius II. gefangen gehalten wurde, nach dem „amerikanischen" Verfahren umgelegt. Und schließlich lassen einige bis dahin unklare Stellen im Strabo die Deutung zu, daß sogar schon das Altertum die Gebäudezerstörungstaktik gekannt hat, auf deren Erfindung jetzt die Amerikaner so stolz sind.

Kommunalisierte Leichenbestattung. Das städtische Beerdigungswesen in Lichtenberg wird am 1. Oktober 1919 eröffnet werden. Ein Zwang auf die Inanspruchnahme dieser städtischen Einrichtung besteht nicht, jedoch muß jede Bestattung dem Büro für das städtische Leichenbestattungswesen gemeldet werden, das in allen Fällen die Zuweisung der Leichenträger und des Leichenfuhrwerks beaufsichtigt.

Zur Kräftigung nach Krankheiten

sowie bei Nervosität und Blutarmut gebrauche man nur die neuartigen Regipan-Tabletten. Erfolg wird garantiert. Ärztlich glänzend begutachtet. In allen Apotheken erhältlich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190928017/fragment/page=0002